



DJG-Niedersachsen-Infomail

07/19

Beratungen über künftige Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte

Mahnwache anlässlich der Haushaltsklausur der Landesregierung



Fotos: Heike Bischoff, NBB

Mahnwache beim Eintreffen der Mitglieder der Landesregierung zur Haushaltsklausur am 30.06.2019. DANKE an alle Teilnehmer des NBB, die am Sonntag dabei waren!

Ein Thema der Klausur wird die Wiedereinführung einer Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte in Niedersachsen sein. Beide Regierungsfraktionen haben sich bei ihren jeweiligen Klausurtagungen – wenn auch in unterschiedlicher Form – für die Wiedereinführung einer Sonderzahlung für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger/innen ausgesprochen.

Der NBB hat dies beim Eintreffen der Mitglieder der Landesregierung vor Ort zum Anlass genommen, sie vor Beginn ihrer Klausur nochmals eindrücklich auf eine baldige Umsetzung der Forderung hinzuweisen.

Martin Kalt, NBB-Landesvorsitzender, dazu: „Nachdem sich nun die Fraktionen des Niedersächsischen Landtags von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die Wiedereinführung einer Sonderzahlung ausgesprochen haben, erwarten wir endlich Taten, nämlich die konkrete Umsetzung – einen Beginn der Sonderzahlung - noch in diesem Jahr! Dies wäre eine wirkliche Wertschätzung gegenüber den Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen und viel mehr Wert, als immer nur die altbekannten Hinhalteszenarien.

Außerdem würde man die Attraktivität des öffentlichen Dienstes endlich steigern. Es sollte doch auch im Interesse der Landesregierung sein, dass Niedersachsen seinen „Abstiegsplatz“ im Besoldungsranking der Bundesländer verlassen kann.“

Der öffentliche Dienst braucht mehr Personal

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat erneut für eine aufgabengerechte Personalausstattung des öffentlichen Dienstes geworben.

Umfragen würden immer wieder belegen, dass Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sich eine verlässliche Verwaltung wünschen. „Gleichzeitig stellen wir jedoch fest, dass die Menschen das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen verlieren“, mahnte Silberbach beim Gewerkschaftstag des dbb rheinland-pfalz am 14. Mai 2019 in Mainz. „Diese Entwicklung geht auch den öffentlichen Dienst an. Denn er ist unverzichtbar für unsere freiheitliche Demokratie. Damit das auch in Zukunft so sein wird, werden wir nicht müde, eine aufgabengerechte Personalausstattung für den gesamten öffentlichen Dienst zu fordern.“

Grundsätzlich sei diese Erkenntnis zwar mittlerweile in der Politik angekommen und in vielen Bereichen habe es in den vergangenen Jahren auch eine Trendwende hin zu mehr Einstellungen gegeben. „Doch der Bedarf an weiterem Personal bleibt auch in den kommenden Jahren angesichts der zu erwartenden Altersabgänge hoch. Die wirklichen Herausforderungen werden sogar erst in den kommenden zehn bis 15 Jahren spürbar werden. Unsere Erfahrung zeigt leider, wie lange Politik braucht, um adäquat zu reagieren“, so der dbb Chef. Daher müsse jetzt gehandelt werden: Mit mehr Personal und besseren Beschäftigungsbedingungen. Silberbach: „Der öffentliche Dienst kann und muss Vorreiter sein für eine moderne und digitale Arbeitswelt. Nur so werden wir die Menschen von uns überzeugen können: sowohl als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger als auch als Deutschlands größter Arbeitgeber.“

Arbeitswelt der Zukunft: Öffentlicher Dienst kann und muss Vorreiter sein

Der öffentliche Dienst kann und muss Vorreiter für eine moderne, vielfältige, agile und digitale Arbeitswelt sein, forderte dbb Chef Ulrich Silberbach zum Auftakt des 12. dbb Forum Personalvertretungsrecht am 8. April 2019 in Berlin.

„Die Veränderungen, vor denen wir im öffentlichen Dienst stehen, sind gewaltig“, machte Silberbach deutlich. Die demografische Entwicklung und der daraus resultierende Fachkräftemangel seien nicht neu, nun komme eine tiefgreifende digitale Transformation hinzu. „Der öffentliche Dienst kann und muss Vorreiter sein für eine moderne, vielfältige, agile und digitale Arbeitswelt. Nur so können wir die

Menschen von uns überzeugen – sowohl als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger als auch als Deutschlands größter Arbeitgeber", unterstrich der dbb Bundesvorsitzende.

„Von essentieller Bedeutung für das Gelingen der Digitalisierung ist deshalb ein partnerschaftliches Miteinander zwischen Dienststellenleiter und Personalrat, aber auch zwischen Personalrat und Beschäftigten.“

„Für den dbb hat das Gelingen der digitalen Transformation im öffentlichen Dienst oberste Priorität. Dreh- und Angelpunkt wird dabei stets der Mensch sein – entlastet, unterstützt und gestärkt, aber keinesfalls beherrscht von den neuen Technologien.“

„Digitalisierung darf Beschäftigte, Dienststellenleiter, Personalrat und Gewerkschaften nicht entfremden – wir müssen in Kontakt bleiben. Gleichzeitig brauchen wir moderne rechtliche Rahmenbedingungen, die den vielfältigen Arbeitsmodellen, Lebensformen und individuellen Wünschen in der Verwaltungswirklichkeit Rechnung tragen.“

„Hierzu bedarf es einer intensiven kontinuierlichen Kommunikation, die selbstverständlich auch dann funktionieren muss, wenn sich Arbeitszeit und Arbeitsort der Beschäftigten zunehmend flexibilisieren“.

„Wenn man die Beschäftigten tatsächlich mitnehmen will, muss man ihnen mehr Beteiligung und Einflussnahme auf Veränderungen und Umgestaltungen ermöglichen, als es das Bundespersonalvertretungsgesetz bisher vorsieht – nämlich die bloße Teilnahme an der Wahl des Personalrats und die halbjährliche Personalversammlung. Es gilt, den Kontakt des Personalrats zu den von ihm vertretenen Beschäftigten zu wahren und sogar weiter auszubauen.“ Denkbar seien etwa Online-Mitarbeiterbefragungen oder Sprechstunden des Personalrats in geschützten Chatrooms oder Videokonferenzen. Weil „Schwarzes Brett“ und Print-Informationen zunehmend zum „Auslaufmodell“ würden, müsse auch das Zugangsrecht der Gewerkschaften zur Dienststelle in die Zeit gestellt, namentlich die elektronische Kontaktaufnahme der persönlichen hinzugefügt werden. „Hierfür brauchen wir neue rechtliche und technische Grundlagen“.



[HOME](#) [KONTAKT](#)

<https://www.dbb.de/mitgliedschaft-service/vorteilswelt.html>

<https://www.dbb.de/mitgliedschaft-service/vorsorgewerk.html>

dbb Nachrichten:

dbb Bundeshauptvorstand in Starnberg

[„Die Intoleranten dürfen nicht die Toleranten regieren“](#)

Bei der Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes haben dbb Chef Ulrich Silberbach und Bayerns Finanzminister Albert Füracker vor dem Erstarren der politischen Ränder in Europa gewarnt.

Zukunftskongress Staat & Verwaltung

[Digitalisierung: Bürgerinnen und Bürger erwarten mehr als „Steinzeit 3.0“](#)

Als „nicht akzeptabel“ hat dbb Chef Ulrich Silberbach den derzeitigen Stand in Sachen Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland bezeichnet. Es seien zu wenige und vor allem zu spät technologische Investitionen erfolgt, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende.

Beteiligungsgespräch

[Besoldungsstruktur: Modernisierung mit Licht und Schatten](#)

Die Bundesregierung hat einen weiterentwickelten Entwurf eines Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes und damit zusammenhängender Änderungen dienstrechtlicher Vorschriften vorgelegt.

Fachkongress

[Verkehrsinfrastruktur: Geld alleine ist nicht genug](#)

Für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Straßen, muss mehr investiert werden. „Geld alleine wird aber nicht reichen“, sagte der Zweite Vorsitzende des dbb Friedhelm Schäfer am 23. Mai 2019.

dbb bundesfrauenvertretung

[Diversity Management kann Frauenförderung nicht ersetzen](#)

Anlässlich des 7. Deutschen Diversity-Tages am 28. Mai 2019 hat die dbb bundesfrauenvertretung für die gezielte Förderung eines vielfältigen öffentlichen Dienstes geworben, in dem Frauen die

gleichen Entwicklungschancen haben wie Männer.

Aus dbb Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

12.000 Menschen demonstrierten für bessere Kitas

Kleinere Gruppen, mehr Personal und Zeiten für die Vor- und Nachbereitung – das sind nur einige der Forderungen, für die rund 12.000 Erzieherinnen und Erzieher zusammen mit Eltern und Kindern am 23. Mai 2019 in Düsseldorf auf die Straße gegangen sind. Aufgerufen hatte das Aktionsbündnis „Mehr Große für die Kleinen“, welches der DBB NRW als Bündnispartner unterstützt.

Schleswig-Holstein

Landesrechnungshof will Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst

Der Landesrechnungshof hat vorgeschlagen, anstehende Pensionierungen für Personaleinsparungen zu nutzen, Der dbb schleswig-holstein warnt vor den Folgen.

komba gewerkschaft

Pflege: Personaluntergrenze dürfen nicht missbraucht werden

Am 23. Mai 2019 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Gesundheitsfachberufe aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Spanien zur jährlichen Sitzung des CESI-Berufsrates Gesundheit in Brüssel, um über gemeinsame Strategien zur Fachkräftegewinnung in der Pflege zu beraten.

Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH)

Soziale Arbeit muss „Alter“ als Lebensphase in den Blick nehmen

Der DBSH hat am 23. Mai 2019 für eine emanzipative und aktivierende Soziale Arbeit mit und für alte Menschen geworben.

Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Matheabitur: Gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler

Ob Aufgaben im diesjährigen Matheabitur zu schwer waren, wird in Deutschland schon eine Weile diskutiert. Hamburg bietet Schülerinnen und Schülern nun an, ihre Note durch eine mündliche Prüfung zu verbessern. VBE Chef Udo Beckmann meldet jedoch Bedenken an.

Kurz notiert

Namen und Nachrichten

Weitere Kurznachrichten aus allen dbb-Bereichen.



www.bbbank.de/dbb